



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/258 - 15. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die finanzpolitische Situation der neuen Bundesregierung</u> In der Sicht der Opposition. Von Dr. Alex Möller, MdB	77
3 - 4	<u>Aderauer und das deutsche Interesse</u> Antwort auf eine Fernseh-Mahnung Von Fritz Sängler, MdB	63
5	<u>Noch immer nicht genug. Herr Erhard?</u> Vizekanzler an fünfter Stelle	47
6	<u>Der Aufruf zur Vernunft</u> 300 Atomphysiker fordern unverzügliche Verhandlungen 19 Wissenschaftler aus dem Ostblock schlossen sich an Von Bruno Kuster, Genf	50

\* \* \*  
\* \*

## Die finanzpolitische Situation der neuen Bundesregierung

In der Sicht der Opposition

von Dr. Alex M ö l l e r , MdB

Wir haben nun wieder eine neue Bundesregierung, von der man weiß, daß sie das Ergebnis einer Zangengeburt ist. In Kürze wird das Regierungsprogramm vorgelegt werden, das im politischen Effekt sicherlich der Echterbacher Springprozedur gleicht. Man soll es der Opposition nicht verargen, wenn sie zur Beurteilung unter anderem von folgenden Voraussetzungen ausgeht:

- Erstens - die drei bisher abgegebenen Regierungserklärungen
- + des Bundeskanzlers Adenauer werden auf Wort und Tat zu ver-
- + gleichen sein, um festzustellen, welcher großer Fragenkomplex
- + bisher einfach liegen geblieben ist;
- + zweitens seine Aufpolierung wird erhöhtes Interesse finden
- + und führt
- + drittens zu der Untersuchung, was von den Wahlversprechungen
- + übrig blieb, beziehungsweise wie der "gemeinsame Nenner" aus-
- + sieht, der für ein 4-Jahresprogramm gefunden worden ist, für
- + den die regierungshörigen Zwölfender ebenso den Rüttelschwur
- + leisteten wie eine FDP, der man in keiner Beziehung die poli-
- + tische Jungfräulichkeit für ihr wechselvolles Verhalten
- + attestieren kann.

Die machtgewohnte CDU/CSU-Regierungspartei und ihr "frei"-demo-kratischer Lieferant der zur Mehrheit notwendigen Stimmen müssen damit rechnen, daß die Glaubwürdigkeit und die Möglichkeiten ihrer Vorhaben vor Parlament und Öffentlichkeit - vor allem aber von der Opposition - einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Das gilt selbstverständlich auch für vereinbartes Nichtstun. Dabei wird darauf zu achten sein, daß die Gegenseite die finanziellen Voraussetzungen ihrer bisher immer sehr unvollständigen politischen Gesamtkonzeption aufzeigt. Es ist sicher, daß sich die Opposition nicht mit der bisherigen Regierungstaktik abfindet, die dahinging, eine Unterbilanz bei den Einnahmeschätzungen zu konstruieren, um einer Aufgabenstellung zu entgehen, die sich aus der notwendigen gesellschaftspolitischen Zielsetzung ebenso ergibt wie aus internationalen Verpflichtungen, die sich nicht nur in militärischen Rüstungsausgaben erschöpfen.

Betrachten wir bei dem jetzt endlich möglich gewordenen Startversuch der neuen Bundesregierung, die ihre eigenartige Gestalt der politischen Radioaktivität gewisser Teile der Ruhrindustrie zuzuschreiben hat, die finanzielle Situation in der Bundesrepublik.

In der Zeit von Januar bis September 1961 steigerten sich gegenüber der vorjährigen Vergleichsperiode die gesamten Steuereinnahmen um 17,3 v.H. Schätzungen von Fachleuten aus dem Regierungslager gingen zu Beginn des Haushaltsjahres von 9,3 v.H. aus, und Optimisten hatten eine Zuwachsrate von höchstens 15,2 v.H. vorausgesagt. Die Fakten übertreffen heute schon solche Erwartungen. Von Januar bis September 1961 erhöhte sich der Bundesanteil an der Zuwachsrate des Steueraufkommens auf 54,4 v.H. Im Vergleich dazu blieb der Anteil der Länder am Steuerzuwachs um 8,8 v.H. zurück. Der Anteil der Bundessteuern am Gesamtaufkommen hat sich auf 63,1 v.H. erhöht; der sozialdemokratische Finanzplan basiert auf einem unveränderten Bundesanteil in Höhe von 52 v.H.

Der Anteil der Steuern am Sozialprodukt hat schätzungsweise 26 v.H. erreicht, während der SPD-Finanzplan eine konstante Belastung der Steuerzahler in Höhe von 25,5 v.H. des Brutto-Sozialprodukts zugrunde legte. Im Jahre 1958 beanspruchte die Steuerbelastung rund 22 v.H. des Brutto-Sozialprodukts. Es ist allgemein bekannt, daß die Steuern mit der Steigerung von Einkommen und Verbrauch beständig zunehmen. Während Löhne und Gehälter im ersten Halbjahr 1961 gegenüber derselben Vorjahresperiode um 12,7 v.H. anstiegen, erreichten die Abzüge der Arbeitnehmer für (progressive) Steuern und (lohnproportionale) Sozialbeiträge eine Steigerung um 20,7 v.H.

Unterstellte man ursprünglich einen um 1 v.H. jährlich wachsenden Steueranteil, so lehrt die Praxis, daß sich die Zuwachsrate verdoppelt hat. Wenn aber die Einnahmeentwicklung so verläuft - wobei der Regel nach jedes Prozent Steigerung des Brutto-Sozialprodukts zwei Prozent Mehraufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer bringt -, dann bedeutet eine sich so erhöhende Belastungsquote die Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Schwerpunktbildung auf der Ausgabenseite und im übrigen eine die Bagatelsteuer beseitigende und die Verbrauchsteuern überprüfende Steuerpolitik. Insoweit unterscheiden wir uns von gewissen Tendenzen der letzten finanzpolitischen Arbeiten des Bundes der Steuerzahler und von Finanzinstituten, deren Auftraggeber nach wie vor zu den "Knaben" gehören, die an der Quelle (nämlich des Einflusses) sitzen.

Adenauer und das deutsche Interesse

Von Fritz Sänger, MdB

Der alte neue Bundeskanzler hat der deutschen Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen, kurz, er hat allen Organen der Publizistik in der Bundesrepublik einen schweren Vorwurf gemacht, der nicht ohne Widerspruch hingenommen werden kann. Wer seine neueste Reise in die U-A nicht mindestens halb so freundlich betrachte, wie Präsident Kennedy das tue, wer nicht erst abwarte, ob sich zeige, "dass wir etwas können", der handele gegen das deutsche Interesse, so sagte er am Sonntag im Fernsehen. Bundeskanzler Dr. Adenauer wird es sich gefallen lassen müssen, dass ihm dazu einiges geantwortet wird.

Wir brauchen ihn nämlich nicht erst kennenzulernen, denn wir hatten bereits Gelegenheit zu beurteilen, ob er etwas kann oder nicht. Er kann zum Beispiel ausgezeichnet interpretieren und ist im Auslegen so kühn und munter, dass es nicht verwunderte, in allerjüngster Zeit aus den gleichen Vereinigten Staaten und ihrer Hauptstadt, in die er jetzt zu reisen beabsichtigt, zu erfahren, es sei zwar gut und nützlich, dass der Bundeskanzler und der Präsident miteinander sprechen könnten, aber man habe den dringenden Wunsch, dass dieses Mal keine unterschiedlichen Ausdeutungen dessen vorgenommen werden, was man besprochen oder gar abgesprochen hat. Diese Äusserung, wie sie hier steht, ist sehr milde wiedergegeben worden; im Briefftext war sie nicht unerheblich härter. Sie wird auch so verstanden werden.

Wir verstehen und billigen des Kanzlers Bemühen, seine Meinung zur deutschen Frage dem Präsidenten der USA nochmals zur Kenntnis zu bringen. Aber wir verstehen nicht und billigen schon gar nicht, dass Unklarheiten - oder schlimmeres - darüber gepflegt werden, ob eine Einladung vorliegt, wann sie eingegangen ist, was besprochen werden soll und welche Haltung der Kanzler einnimmt, der nämlich für das g a n z e Volk und nicht nur für die Partei zu sprechen hat, deren Vorsitzender er ist.

Wenn Adenauer im eben dem gleichen Fernsehinterview - es war mehr ein Vortrag als ein Zwiegespräch - sagte, die neue Koalition werde die bisherige Außenpolitik konsequent fortsetzen, wenn man am gleichen Tage autorisiert liest, dass der künftige Außenminister meinte, es werde keine abrupte Änderung in der Außenpolitik geben (abrupt nicht, Änderung doch) und wenn man dazu Äußerungen der Koalitionsfreunde hört und liest und das Koalitionsabkommen studiert, dann fragt man sich, was denn nun eigentlich über die Außenpolitik zu gelten hat. Der eine meint vielleicht die Prinzipien und der andere die nächsten Schritte. Solche unterschiedlichen Äußerungen des einen, des anderen und der dritten und vierten, kennzeichnen das Klima der Koalition, von dem Adenauer in seinem Fernsehvortrag sagte, es sei wichtiger als das geschriebene Wort.

Dass das geschriebene Wort mit dem gesprochenen nicht in Widerspruch gerät, dass eine deutsche Interpretation einer internationalen Konferenz nicht der des Partners und Freundes widerspricht, dass Klarheit herrscht über das, was wir wollen, was die Freunde für nützlich halten, was die Gegner erstreben und was hier und dort an Argumenten zur Verfügung steht - das, mindestens das ist es, was deutsche Interessen verlangen.

Weil wir den Kanzler und seine Methoden kennen, deshalb sind wir misstrauisch und deshalb müssen wir vorbauen, denn mittlerweile ist es wirklich ernst geworden um die deutschen Interessen.

Außenpolitik ist heute ohne Journalisten nicht mehr zu machen; ohne Informationen, die sie geben und empfangen, werten und mitteilen, ist in unserer Zeit des Funks und Fernsehens für keinen Staatsmann und keinen Politiker erfolgreiche Arbeit denkbar. In viel früheren Jahren wussten das viele Verantwortliche besser als Kanzler Konrad Adenauer heute und sie verzichteten auf List und auf Gerissenheit zugunsten von Zuverlässigkeit in jeder Aussage und von Klugheit im erarbeiteten Urteil. Die Presse, der Rundfunk, das Fernsehen dienen den deutschen Interessen am besten, wenn sie mit unachgiebiger Entschiedenheit den Tatsachen nachspüren und in unabhängiger Offenheit die Wahrheit sagen, so wie sie sie nach bestem Wissen kennen. Kanzler und Presse sollten die gleichen Prinzipien anerkennen und danach handeln, denn beide dienen dem Volke, jeder in seinem Bereich.

Noch immer nicht genug, Herr Erhard?

Vizekanzler an fünfter Stelle

sp - Die schier endlose Reihe der Kränkungen und Demütigungen, die der jetzt 86-jährige Konrad Adenauer seinem Stellvertreter im Kanzleramt und Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard vor aller Öffentlichkeit oder doch zumindest so, dass es diese Öffentlichkeit prompt und ausführlich erfahren musste, in den letzten Jahren zugefügt hat, ist am Dienstag vor den Augen des ganzen Bundestages und vor Dutzenden von Fernsehaufnahmegeräten und Fotoapparaten um einen neuen Streich vermehrt worden. Adenauer, der seinen ihm von der eigenen Partei aufgezwungenen Nachfolger offenbar nicht nur verachtet, sondern jetzt auch noch hasst, weil er ihm als das wandelnde Menetekel für das unaufhaltsame Ende seiner Kanzlerschaft erscheint, dieser Autokrat Adenauer tat seinem Wirtschaftsminister einen ganz bösen und schäbigen Tritt an.

Man vergegenwärtige sich die Situation: Der Kanzler ist soeben wieder vereidigt worden und nun verliest der Bundestagspräsident pauschal die Eidesformel für die Minister, die sich inzwischen auf dem Regierungsfügel in Reihe aufstellen, um nach Namensaufruf auf die Präsidententribüne zu gehen und dort mit erhobener rechter Hand "So wahr mir Gott helfe!" zu schwören. Auf der Ministerbank sitzt neben dem Kanzler Adenauer sein Stellvertreter Erhard und dann der neue Außenminister Dr. Schröder. Erhard steht als erster Minister bereit, um dem Rufe Dr. Gerstenmaiers Folge zu leisten, da verliest der Präsident, der sich an den Brief Dr. Adenauers halten muss, zuerst den Namen "Dr. Schröder". Erhard, der mit der Kernung seines Namens rechnete und rechnen musste, stutzt verblüfft und steht so dem Nächsten in der Reihe, Schröder, im Wege. Der Außenminister, der schneller die Lage erfasst, stößt den Kanzler-Stellvertreter durch einen Schubs in den Bauch beiseite und eilt zur Vereidigung, als erster Minister der neuen Regierung Adenauer. Erhard aber bleibt unbeachtet stehen, denn der nächste aufgerufene Minister ist der neue Innenminister Höcherl, dann kommt der neue Justizminister Stammlinger und dann der neue Finanzminister Dr. Starke und jetzt erst, als fünfter in der Reihe, der Minister, endlich auch Herr Erhard, der an dieser fünften Stelle im Ministerbrief des Bundeskanzlers aufgezählt und bewertet wird.

Welche Gründe und Vorwände der Bundeskanzler auch immer für sein Verhalten vorbringen kann und mag, dieser Streich vom Dienstag überdietet einfach alles an kleinkariertem Gehässigkeit, was er sich bisher geleistet hat. Noch liegt keine Äusserung Erhards über die Gefühle vor, die ihn nach diesem Streich bewegt haben mögen und weiter bewegen. Die Frage aber, die sich der ganzen deutschen Öffentlichkeit nunmehr unabwiesbar stellt, ist ganz simpel die: Reicht das, Herr Professor Erhard, was Ihnen dieser 86-jährige Mann zumutet, wirklich immer noch nicht aus, um Ihnen endlich klar zu machen, dass Sie sich dieses pausenlose Abwerten tatsächlich nicht mehr zufügen und leisten können, weder als Mensch noch als Minister? Gewiss, es ist immer noch Ihre persönliche Sache, wie Sie sich verhalten und wie Sie sich eckurigen lassen. Aber wenn Sie auch jetzt noch, nach diesem Dienstag, weiter alles herunter schlucken und weiter kaschen, dann allerdings haben Sie Ihr Schicksal selber verdient! Dann ist Ihnen nicht mehr zu helfen!

Der Aufruf zur Vernunft.  
-----  
von Bruno Kuster - Genf

Am gleichen Tag, als die sowjetische Superbombe in der Arktis explodierte, wandten sich 800 Atomwissenschaftler mit einer Petition an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, in welcher sie "ihrer tiefen Besorgnis über die Verschlechterung der internationalen Lage, die in der Wiederaufnahme der Atomtests ihren Höhepunkt erreichte", Ausdruck geben. Eine zweite, ergänzende Unterschriftenliste befindet sich noch in Umlauf. Ist dieser Aufruf zur Vernunft nun gegenstandslos geworden?

Neben weltberühmten Physikern wie E. Amaldi (Italien), L. Leprince-Ringuet (Frankreich), A. Pais (USA), C.F. Powell (Nobelpreisträger, Großbritannien), I.E. Tamm (Nobelpreisträger, UdSSR) und V.F. Weisskopf (Generaldirektor des CERN, der Europäischen Organisation für Kernforschung in Genf) haben vorwiegend jüngere Forscher aus zwanzig Ländern des Westens und des Ostens ihre Stimme erhoben. Sie sind der Auffassung, "daß kein Krieg zwischen den Großmächten auf konventionelle Waffen beschränkt werden könnte, sondern unweigerlich ein Atomkrieg würde; daß kein Vorteil eines sogenannten militärischen Sieges die enormen und bleibenden Zerstörungen, welche die Atomwaffen verursachen, rechtfertigt, und daß eine gewaltsame Lösung der internationalen Differenzen nicht unvermeidlich ist, sondern durch das energische Eingreifen aller verantwortungsbewußten Bürger aller Länder verhindert werden kann."

Die Unterzeichner rufen alle Menschen guten Willens und aller politischen Anschauungen auf, gemeinsam zu verlangen, daß alle Regierungen, insbesondere aber die Großmächte, unverzüglich Verhandlungen aufnehmen, um die gegenwärtigen internationalen Spannungen, insbesondere die Berliner Frage, friedlich beizulegen und eine Übereinkunft über die Maßnahmen zu erzielen, die zur totalen Abrüstung, einschließlich der Einstellung aller Atomtests, führen.

Dieser jüngste Schritt der Atomphysiker, dem sich bisher immerhin neunzehn Kollegen aus Osteuropa angeschlossen haben (dazu 27 Jugoslawen), hätte, auch wenn er früher erfolgt wäre, Chruschtschow sowenig wie zahlreiche andere Appelle daran gehindert, sich, wie Robert Jungk sagte, "das künftigen Mordes an Hunderttausenden von Ungeborenen schuldig" zu machen. Mit dem einseitigen Bruch des Atommoratoriums hat die Sowjetunion leichtfertig die für den Abschluß irgendwelcher Vereinbarungen - handle es sich nun um stillschweigende Übereinkünfte oder formelle Abkommen - unerläßliche Vertrauensgrundlage zerstört. Kann man Chruschtschow Glauben schenken, wenn er vielleicht schon morgen großartig erklärt, er habe nun "genug getestet"?

Trotzdem ist der Appell der 800 nicht gegenstandslos geworden, stellt er doch nicht nur eine wenigstens nachträgliche, auch von namhaften östlichen Forschern unterzeichnete Verurteilung der sowjetischen Versuchsserie dar, sondern er ermahnt jene Staatsmänner, die ihre Verantwortung noch ernst nehmen, nicht zu Komplizen des "Mordes an Ungeborenen" zu werden.

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel